

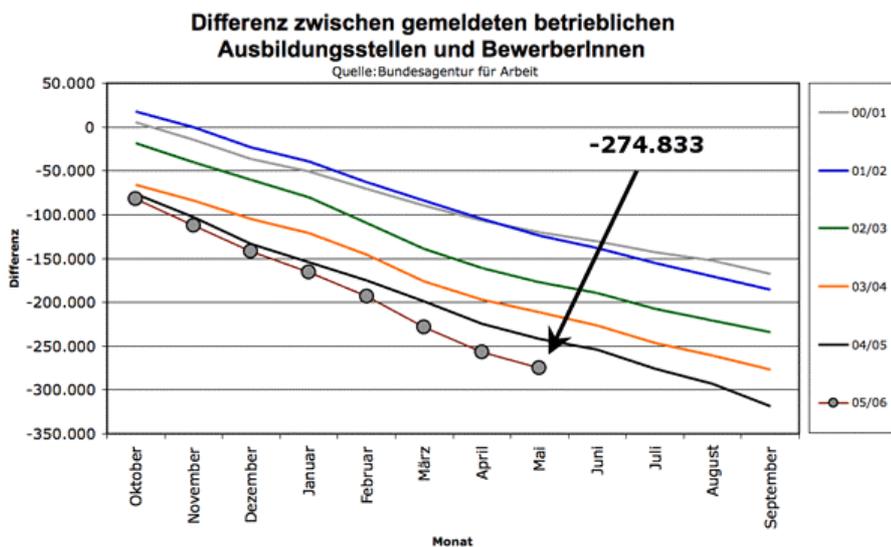
Verschärfte Ausbildungskrise

Von Henrik Peitsch

Alle Jahre wieder: Tausende von Jugendlichen schreiben Bewerbung über Bewerbung, und erhalten Absage über Absage. Denn es fehlten bis Mai über 350.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Immer mehr Jugendliche hängen in Warteschleifen in den Berufsschulen und in außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen. Ihre beruflichen Perspektiven sind katastrophal. Die Ausbildungskrise wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Denn die Arbeitgeber flüchten aus ihrer Ausbildungsverantwortung - allen Versprechungen zum Trotz. Nur noch jeder vierte Betrieb bildet aus. Einen Großteil der Jugendlichen haben die Berufsschulen "versorgt". Staatliche Förderung in Millionenhöhe verdecken das tatsächliche Ausmaß des Lehrstellendefizits. Es findet eine schleichende Verstaatlichung der dualen Ausbildung statt. Das Grundrecht eines Großteil einer ganzen Generation wird missachtet.

Ausbildungspakt gescheitert

Schon 1999 tönte das Bündnis für Arbeit: "Jeder junge Mensch, der kann und will, wird ausgebildet."



Doch der erhoffte grundlegende Wandel auf dem Ausbildungsplatzmarkt ist nicht eingetreten. Die von den Kammern werbewirksam herausgestellten Erfolge bei der Anwerbung neuer Ausbildungsbetriebe haben den Druck nicht entscheidend gemindert. Solche PR-Aktionen sind nur gut fürs eigene Image, nehmen aber Unternehmen nicht in die Pflicht. Die Jugendlichen gehen weiterhin leer aus. Qualität der betrieblichen Ausbildung sowie Zukunftsperspektive und Bedarfsprognosen, Engpässe sind gänzlich ausgeblendet.

tscheidungskriterien einer vernünftigen Berufsbildungspolitik, sind wiederholte Schuldzuweisung an die Jugendlichen – fehlende Ausbildungsfähigkeit und Ausbildungswilligkeit – ist zudem eine gefährliche und unverantwortliche Strategie, die Lasten eines gesellschaftspolitischen Versagens der herrschenden Eliten der nachfolgende Generation aufzubürden.

Gerechtigkeitslücke muss geschlossen werden! Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Lange genug wurden Milliarden Euro in wirkungslose Förderprogramme gesteckt. Und mit heißer Nadel kurzfristige Notprogramme gestrickt. Es wird höchste Zeit für eine Lösung, die wirkt. Dies kann aber nicht heißen, dass die Auszubildenden die Kosten für die gescheiterte Berufsbildungspolitik durch Kürzungen bei der Ausbildungsvergütung selbst tragen. Die Arbeitgeber versuchen hier mit dem Mut der Verzweiflung vom eigenen Versagen und ihre Verpflichtung ausreichend Ausbildungsplätze bereitzustellen abzulenken. Es müssen endlich die Betriebe zur Finanzierung – in welcher Form auch

Ausbildungssituation Mai 2006

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

	BewerberInnen		Ausbildungsstellen	
	gesamt	unvermittelte	betriebliche	unbesetzte
Ost	161.166	107.476	52.429	28.785
West	464.699	246.906	298.603	105.633
Gesamt	625.865	354.382	351.032	134.418

immer – herangezogen werden, die nicht oder unverhältnismäßig wenig ausbilden. Die Berufsausbildung muss von der konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt werden. Sie muss gerade in wirtschaftlich schwächeren Phasen verstärkt gefördert werden.